

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-1D, 5300 Bonn 1

Postfach 120408  
Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telex: 08 86846 pbbn d

## Inhalt

36. Jahrgang / 192

8. Oktober 1981

Jürgen Böddrich MdL,  
Stellvertretender Landes-  
und Fraktionsvorsitzender  
der bayerischen SPD, be-  
richtet, wie CSU und  
Bayerns Staatsregierung  
die SPD-Aktion "Gesamt-  
schule" verleumdete: Angst  
um das "politisch ge-  
wünschte" Schulsystem.

Seite 1

Georg Schlaga MdB weist  
die PRAWDA-Behauptung,  
der Westen sei bestrebt  
Polen in Schulden zu  
stürzen, zurück: Teil  
des Normalisierungspro-  
zesses.

Seite 3

Freimut Duve MdB fordert  
Konsequenzen aus der sen-  
sationellen Zunahme der  
Fahrradbeförderung durch  
die Bahn: Das Belächeln  
vergeht.

Seite 4

Fritz Säger dankt Dr.  
Helmut Cron.

Seite 6

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0228) 8 12-1

Angst um das "politisch gewünschte" Schulsystem

CSU und Bayerns Staatsregierung verleumdete SPD-Aktion  
"Gesamtschule"

Von Dr. Jürgen Böddrich MdL,  
Stellvertretender Landes- und Fraktionsvorsitzender der  
bayerischen SPD

Die CSU bekommt offenbar immer mehr Angst um das von ihr  
"politisch gewünschte" (so der ehemalige Amtschef im Kultus-  
ministerium, Dr. Böck) Schulsystem. Es reicht nicht mehr,  
daß CSU-Abgeordnete durch die Lande reisen und die inte-  
grierte Gesamtschule verteufeln. Auch Kultusminister Maier  
selbst erkletterte am Wochenende in Weiden das Rednerpult,  
um gegen die SPD-Aktion zu Feld zu ziehen.

Daß in die Auseinandersetzungen um die Gesamtschule auch  
Unrichtigkeiten einfließen, stört die CSU wenig: Bereits im  
Vorfeld der Weidener Veranstaltung hatte der CSU-Fraktions-  
vorsitzende im bayerischen Landtag, Gustl Lang, unterstellt,  
daß die SPD das dreigliedrige Schulsystem abschaffen will.  
Dem ist nun wirklich nicht so: Die Sozialdemokraten wollen  
erreichen, daß die Gesamtschule überall dort kommt, wo ge-  
nügend Eltern sie beantragen.

Doch gegen diese Forderung können die CSU und ihr Kultus-  
minister nicht offen auftreten, denn sie würden damit an  
einen Punkt rühren, den sie in offiziellen Reden hochhalten:  
dem Elternrecht. Also versuchen sie, die SPD-Gesamtschul-  
aktion madig zu machen. Dazu ist ihnen jedes Mittel recht.  
Was brachte Maier da nicht alles vor: Durch die Gesamtschule  
falle das Leistungsniveau ab, die Gefahr der Vermassung nehme  
zu, Eltern und Schüler hätten weniger Freiheit und Mitsprache-  
recht bei der Wahl der schulischen Ausbildung.

Der Kultusminister hätte fürwahr gut daran getan, erst ein-  
mal die Ergebnisse der bayerischen Gesamtschulversuche und  
den SPD-Entwurf eines Schulgesetzes zu studieren. Dann wäre

Veränderte Ausgabe  
mit zusätzlicher Seitenzahl  
Reprint-Exemplar



Ihm sicher auch klar geworden, daß er mit falschen Aussagen operiert. Wie soll das Leistungs-niveau in der Gesamtschule abfallen, wenn die Gesamtschule München-Nord wesentlich mehr Jugendliche zu höherwertigen Abschlüssen bringt als die sonstigen Schulen im Freistaat? Und bedeutet es wirklich mehr Freiheit und Mitspracherecht für die Eltern, wenn sie gezwungen sind, über das schulische und damit auch über das berufliche Schicksal ihrer Kinder zu entscheiden, wenn diese erst zehn Jahre alt sind? Diese frühzeitige Entscheidung im gegliederten Schulwesen ist - und das dürfte auch Maier wissen - später kaum noch zu korrigieren.

Das Kultusministerium hat in Wahrheit gar kein Interesse daran, daß Lehrer, Eltern und Schüler mehr Mitspracherechte erhalten. Die Ablehnung des SPD-Schulgesetzes macht dies überdeutlich, ebenso im negativen Sinn die Novelle des Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (EUG).

Und der Kultusminister machte auch noch eine Gefahr der Vermassung aus. Er meinte, die SPD-Forderung nach Gesamtschulen mit einer Kapazität von 500 Schülern widerspreche den Grundsätzen einer Zeit, in der die Ökologie des "Kleinen" wieder entdeckt werde. Maier erregt sich also über Schulgrößen, die nur der Hälfte der derzeitigen Realschulen und Gymnasien entsprechen, über Größenordnungen, die - sofern noch nicht geschehen - bei sinkenden Schülerzahlen auch die Grund- und Hauptschulen bald erreicht haben werden. Doch es hat sich offenbar noch nicht bis zum Kultusministerium durchgesprochen, daß das alte CSU-Argument von der "Mammutschule" nicht mehr zieht.

Ein Ausspruch von Maier verdient es, festgehalten zu werden: Der Name "Gesamtschule" allein mache nicht glücklich. Dies trifft zu, wenn auch in anderem Sinn als vom Kultusminister gemeint. Was von der bayerischen Staatsregierung in den letzten Jahren - Ausnahmen: München-Nord und Hollfeld - so alles unter dem Namen "Gesamtschule" verkauft wurde und wirklich nicht das Geringste mit der integrierten Gesamtschule zu tun hatte, diente der CSU-Regierung offensichtlich nur dazu, dieses Schulsystem in einen schlechten Ruf zu bringen.

Warum ist Maier eigentlich nicht so ehrlich wie sein Parteivorsitzender Franz Josef Strauß? Der hat ja die Aufgabe des bayerischen Schulwesens deutlich genug beschrieben: Der eine Hochbegabte unter 1.000 Schülern sei herauszufiltern und besonders zu fördern. Das Ziel: Eine kleine Elite wird auf Kosten der Mehrzahl der Schüler herangezüchtet. Doch diese Vorgabe wird sorgfältig kaschiert; trotzdem ist die CSU-Schulpolitik darauf ausgerichtet.

Man muß dem Kultusminister überhaupt bestätigen, daß er nicht mit der Brechstange gegen die integrierte Gesamtschule arbeitet, wie dies etwa Gustl Lang und andere Größen der CSU-Fraktion machen. Doch ein Ausrutscher machte klar, was Maier von schulpolitisch Andersdenkenden hält. Kritische Schüler rüffelste er in Weiden an, sie sollten bei der Diskussion über das Thema Gesamtschule ihre Nase nicht nur in die Hetzparolen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft stecken.

Die CSU fühlt sich immer mehr bemüßigt, ein Star-Aufgebot gegen die Gesamtschule ins Feld zu schicken. Das Nachdenken bei Lehrern, Eltern und Schülern soll von Anfang an unterminiert werden! Deshalb haben sich CSU und Staatsregierung bereits auf die vergleichsweise bescheidenen Forderungen von SPD und DGB eingeschossen, deshalb verweigern sie den Betroffenen ein Mehr an Information ebenso wie weitere Modellversuche von echten integrierten Gesamtschulen zum "Kennenlernen". Denn auch der CSU ist klar, daß viele Lehrer, Eltern und Schüler nicht mehr ihrer Meinung sind und vor allem nicht mehr sein werden, wenn im Freistaat ein echter Vergleich zwischen Gesamtschule und gegliedertem Schulsystem möglich wird. Dann gerät das von der CSU "politisch gewünschte" System mit Sicherheit in Gefahr.

(-/8.10.1981/ks/ca)

+ + +



Teil des Normalisierungsprozesses  
-----

Der Westen ist nicht bestrebt, Polen in Schulden zu stürzen

Von Georg Schlaga MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Außenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Zu der Behauptung der PRAWDA, der Westen sei schon immer bestrebt gewesen, Polen in Schulden zu stürzen und wirtschaftlich-politisch in seine Abhängigkeit zu bringen, ist festzustellen:

Es geht nicht darum, Polen in eine neue Abhängigkeit zu bringen, sondern dabei zu helfen, daß Polen in der Lage bleibt, seine ernstesten Probleme selbst friedlich und ohne Einmischung von außen zu lösen, wie es in der deutsch-französischen Erklärung vom 6. Februar dieses Jahres heißt.

Niemand in Ost und West kann ein Interesse am wirtschaftlichen Zusammenbruch in Polen haben. Auch die Sowjetunion hat sich finanziell erheblich engagiert, um Polen wirtschaftliche Hilfe zu leisten. Die wirtschaftliche Öffnung Polens auch gegenüber dem Westen ist keineswegs eine Sonderentwicklung. Auch alle anderen osteuropäischen Staaten einschließlich der Sowjetunion und der DDR haben sich seit Mitte der siebziger Jahre um intensivere wirtschaftliche Beziehungen zum Westen bemüht und auf westlicher Seite bestand ein Interesse daran, den Osthandel und die wirtschaftliche Kooperation auszuweiten. Es gibt ein gemeinsames Interesse daran, Ost-West-Kooperation und -Handel auszubauen. Wir sehen dies als Teil eines Normalisierungsprozesses an, an dem wir auch im Interesse des Friedens festhalten wollen. Grundlage dafür ist die KSZE-Schlußakte. Kredite sind ein normaler Bestandteil der Wirtschaftsbeziehungen. Ohne sie ist wirtschaftliche Aktivität nicht denkbar.

Die besonders schwierige Finanzlage Polens heute hat viele Ursachen. Es werden große Anstrengungen in Polen notwendig sein, um die Ursachen der gegenwärtigen Schwierigkeiten erfolgreich zu bekämpfen.

Polen dabei in Stich zu lassen, ist keine Lösung. Auch der Westen schwimmt nicht im Geld. Vielmehr sind gemeinsame Anstrengungen in Ost und West erforderlich, um mit den bisher noch unbewältigten Folgen der weltweiten Energiekrise und der damit verbundenen wirtschaftlichen Rezession fertig zu werden. Machtpolitische Unterstellungen sind wenig hilfreich, um zur Lösung der gegenwärtigen Krise in Polen beizutragen.

Bisher war es sowjetische Auffassung, daß Hilfsaktionen für Polen in der gegenwärtigen Lage durchaus wünschenswert sind. Soll diese Haltung nun geändert werden?

(-/8.10.1981/ks/ca)

+ + +

Vernünftiger Umgang  
mit wertvollen Rohstoffen  
Recycling-Papier



Das Belächeln vergeht  
-----

Sensationelle Zunahme der Fahrradbeförderung durch die Bundesbahn

Von Freimut Duve MdB

Stellvertretendes Mitglied des Bundestagsinnenausschusses

Mitglied des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestages

Alle, die das Engagement für mehr Fahrrad-Verkehr mitleidig belächeln, müssen verstummen: Über 28 Prozent mehr Fahrräder hat die Deutsche Bundesbahn im ersten Halbjahr 1981 gegenüber dem Vorjahr befördert. Das heißt, die Radfahrer nutzen das Angebot Fahrrad/Schiene intensiv aus.

Aus der Antwort der Bundesregierung auf meine Anfrage zur Entwicklung der Fahrradbeförderung ergeben sich Handlungskonsequenzen, für Bund, Länder und Gemeinden. Aus dem Lippenbekenntnis für das Fahrrad als Freizeitgerät muß ein umfassendes Konzept für das Fahrrad erarbeitet werden. Diese Aufgabe könnte von vergleichbarer Bedeutung sein wie die Entwicklung eines Autobahnkonzepts in den 20er Jahren.

Elemente dieses Konzepts müssen sein:

1. Das Fahrrad ist als integriertes Verkehrsmittel in Kombination mit dem übrigen Straßen- und Schienenverkehr anzusehen (bike and ride).
2. An Bahnhöfen besteht ein hoher Investitionsbedarf nach praktischen und leicht verschließbaren Fahrrad-Abstellplätzen. Die bisherigen Verschließ- und Abstellmöglichkeiten sind auf einem technischen Niveau, das den Anforderungen seit Jahrzehnten nicht mehr entspricht.
3. Für diese Fahrrad-Infrastruktur sind besondere Forschungsmittel einzusetzen. Es gibt heute eine bessere Infrastruktur für die Beförderung und Nutzung von Wintersportgeräten als für Fahrräder.
4. In Gemeinden und Kreisen, wo Steigungen die Benutzung des Fahrrads erschweren, sollten Modelle für Steighilfen entwickelt werden. Ähnlich wie bei Skiliften muß es technisch möglich sein, mit münzgesteuerten Schlepssystemen den Fahrradfahrern zu helfen.



5. Erfahrungen aus Schweden zeigen, daß im Winter der Fahrradverkehr nur um circa zehn Prozent gegenüber dem Sommer abnimmt. Die Förderung von technischen Entwicklungen können dazu beitragen, die Witterungsabhängigkeit zu mindern.
6. Fernziel könnte sein, daß alle Gemeinden der Bundesrepublik durch ein eigenes Fahrrad-Trassen-System miteinander verknüpft werden. Die Folge wäre ein arbeitsintensives Tiefbauinvestitionsprogramm als Ausgleich für den unvermeidlichen Rückgang im Straßenbau.

Vor einigen Jahren sind die Fahrradfahrer noch belächelt worden. Heute ist es nötig, dem veränderten Verhalten der Bürger durch staatliche Förderungs- und Infrastrukturprogramme zu entsprechen.

Es ist zu begrüßen, daß der Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages in einer Entschließung vom 30. September 1981 festgestellt hat:

"Die Einbeziehung des Fahrrades in die allgemeine Verkehrspolitik des Bundes, der Länder und Kommunen findet äußerst schleppend statt. Das Fahrrad wird bisher in zu großem Maße als additives Freizeitgerät und nicht als integriertes Verkehrsmittel angesehen. Mit Sorge stellt der Ausschuß fest, daß dem Verkehrsmittel Fahrrad sehr viel Deklamationen gewidmet werden, daß es aber bei der Mittelvergabe nach wie vor stiefmütterlich behandelt wird. Die Verkehrsteilnehmer Fahrradfahrer und Fußgänger sind die wirksamsten Energiesparer im Verkehr. Die bisherige Verkehrsentwicklung hat häufig gerade den Fußgänger an den Rand gedrängt und ihm zugunsten der Autofahrer Umwege zugemutet.

Der Verkehrsausschuß richtet an die Länder und Gemeinden den Appell, die eingeleiteten Initiativen des Bundes (Bundesradwegeprogramm) zügig umzusetzen. Fußgänger und Radfahrer müssen nicht nur vor Gefahren geschützt werden, ihnen sollte auch beim Wegebau eine bevorzugte Stellung eingeräumt werden."

(-/8.10.1981/ks/ca)

+ + +



Dank an Dr. Helmut Cron  
-----

Von Fritz Sänger

Ein Weggenosse ist gestorben, der sein Leben nach eigener Bestimmung, unter eigener Verantwortung und mit innerer Wahrhaftigkeit selbst gestaltet hat. über schwere Jahrzehnte hin blieb er auf gleichem Wege - kein Parteigenosse, ein freier Mensch, Helmut Cron. Ihm sind wir Dank schuldig!

Eine große Zahl von Menschen werden diesen Dank empfunden haben, als sie von seinem Sterben lasen. Er hat als Journalist, als Mitglied und das hieß für ihn stets als Mitarbeiter in öffentlichen Institutionen, im Deutschen Presserat, als Vorsitzender des Deutschen Journalistenverbandes, im Stifterverband für die deutsche Wissenschaft und in Organisationen gewirkt, die anderen Menschen beistehen, sie fördern, ihnen Hilfe und Chancen bieten wollen.

Wo immer dieser Mann, der am 1. Oktober 1899 geboren wurde und am 28. September 1981 starb, mit geschriebenem Wort in Zeitungen und Zeitschriften, mit gesprochenem Wort in Rundfunk und Fernsehen und in ungezählten Versammlungen und Vorträgen mutig seine Meinung aussprach, diente er der Entfaltung einer öffentlichen Diskussion in gesellschaftlichen und politischen Alternativen. Er hat mit dem Wort des griechischen Demokraten Perikles etwas anzufangen gewußt: "Das Geheimnis des menschlichen Glückes ist die Freiheit; das Geheimnis der Freiheit ist der Mut."

Es ist nötig, solcher Menschen zu gedenken, denn sie werden selten und sie sind wenig beliebt. Dieser hat sich seine Ehrung von allen jenen verdient, die als wahrhaftige Staatsbürger leben wollen. (-/8.10.1981/vo-he/ca)

+

+

+

Verantwortlich: Willi Carl

